

Der Oberbürgermeister

Dezernat, Dienststelle  
V/V/2

Vorlage-Nr.

**1966/2009**

Freigabedatum

20.05.2009

**Dringlichkeitsentscheidung  
und Genehmigung**

In **öffentlicher Sitzung**

**Betreff**

Zukunft der kommunalen Migrantenvvertretungen

**Begründung für die Dringlichkeit:**

Der Integrationsrat hat das Thema in seiner Sitzung am 28.04.2009 diskutiert.

Die Ratssitzung am 05.05.2009 konnte aufgrund des engen Zeitrahmens nicht mehr erreicht werden.

Die Notwendigkeit einer Dringlichkeitsentscheidung ist erforderlich, damit die Forderung des Rates der Stadt Köln im aktuellen parlamentarischen Diskussionsprozess im Landtag NRW (der kommunalpolitische Ausschuss im Landtag befasst sich abschließend am 10.06.2009 mit der Thematik) Berücksichtigung finden kann.

**Zur Entscheidung**

im Hauptausschuss  
gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW  
und Genehmigung durch den Rat

durch den Oberbürgermeister  
und ein Ratsmitglied gemäß  
§ 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW  
und Genehmigung durch den Rat

durch den Bezirksbürgermeister  
und ein Mitglied der  
Bezirksvertretung gemäß § 36  
Abs. 5 Satz 2 GO NW

durch den Oberbürgermeister und den  
Ausschussvorsitzenden oder ein Mitglied  
des Ausschusses gemäß § 60 Abs. 2 Satz  
1 GO NW und Genehmigung durch den  
Ausschuss

und Genehmigung durch die Bezirksvertre-  
tung

**Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag, Alternative**

Der Rat übernimmt den einstimmigen Beschluss aus der Sitzung des Integrationsrates am 28.04.2009 und fordert den Landtag NRW auf, sich bei der Änderung des § 27 Gemeindeordnung an dem Eckpunktepapier des Innenministeriums, des Integrationsministeriums, des Integrationsbeauftragten der Landesregierung, der kommunalen Spitzenverbände und der Landesarbeitsgemeinschaft NRW zu orientieren.

Sofern dies nicht möglich ist wird darum gebeten, von einer Änderung des § 27 GO abzusehen und stattdessen den Kommunen auch weiterhin die Möglichkeit zu geben, durch Inanspruchnahme der Experimentierklausel des § 129 der GO von § 27 GO abzuweichen.

Datum

Abstimmungsergebnis

Unterschrift

Unterschrift

20.05.2009

gez. Schramma

gez. Zimmermann

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des

Hauptausschusses

Oberbürgermeisters und eines Ratsmitgliedes

Die Bezirksvertretung genehmigt  
gemäß § 36 Abs.5 Satz 2 i.V.m  
§ 60 Abs. 1 Satz 3 GO NW  
vorstehende Dringlichkeitsent-  
scheidung des Bezirksbürgermeisters  
und eines Mitglieds der BV

Der Ausschuss genehmigt vorstehende Dringlichkeitsentscheidung  
nach § 60 Abs. 2 Satz 2 GO NW

**Haushaltsmäßige Auswirkungen**

<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> ja, Kosten der Maßnahme _____ €	Zuschussfähige Maßnahme ggf. Höhe des Zuschusses _____ %	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja _____ €	Jährliche Folgekosten a) Personalkosten _____ €	b) Sachkosten _____ €
Jährliche Folgeeinnahmen (Art, Euro)			Einsparungen (Euro)			

**Problemstellung des Beschlussvorschlages, Begründung, ggf. Auswirkungen**

Siehe anliegenden Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Integrationsrates vom 28.04.2009.

Weitere Erläuterungen, Pläne, Übersichten siehe Anlage